

Antwort auf Fragen für die Zeitung der Universität Potsdam „speakup“

1. Für ein erfolgreiches Studium benötigen Studierende einen bezahlbaren Wohnraum in Hochschulnähe. Besonders in der größten Hochschulstadt Brandenburgs, in Potsdam, wird die Suche nach einem bezahlbaren studentischen Wohnraum immer schwerer. Auch die Studentenwerke können nur einem sehr kleinen Teil der Studierenden ein Zimmer oder Appartement anbieten und stehen vor weiteren Herausforderungen: Die bestehenden Studierendenwohnheime müssen saniert werden und für den Bau von neuen Studierendenwohnheimen können sie nicht selber, also unabhängig vom Land, einen Kredit aufnehmen.

Wie möchten Sie sich für bezahlbaren studentischen Wohnraum einsetzen?

Wir benötigen ein differenziertes Angebot an studentischem Wohnraum. Das Land Brandenburg muss mehr in die Schaffung von Wohnheimplätzen und in die Sanierung der bestehenden investieren. Die zurzeit angestrebte Versorgungsquote von 20 Prozent halten wir für nicht ausreichend. Den Studentenwerken müssen die dafür nötigen Finanzmittel vom Land planungssicher zur Verfügung gestellt werden, dies möglichst schnell und unbürokratisch. Ebenso müssen wir Sorge tragen, dass preiswerte Wohnungen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen und die innerstädtischen Mietpreise für Student*innen erschwinglich bleiben. Bisher haben wir erst eine leichte Verbesserung des Angebots studentischen Wohnens erreicht

2. In den letzten Monaten sind immer mehr Jugendliche und auch Studierende auf die Straße gegangen, um für mehr Klimaschutz zu demonstrieren. Sie fordern dabei, die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen. Explizit fordern sie für Deutschland: Netto-Null-Emissionen bis 2035, Kohleausstieg bis 2030 sowie 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035.

Wie möchten Sie sich in Brandenburg für mehr Klimaschutz einsetzen?

Wir setzen uns dafür ein, dass die Klimaschutzziele und die Verpflichtungen des Pariser Abkommens auf Bundesebene durch ein Klimaschutzgesetz verbindlich zu machen. In Brandenburg möchten wir den Ausbau Erneuerbarer Energien weiterführen, inklusive Speichertechnologie und „Power to x“. Dazu sind Förderprogramme sowie eine Beteiligung der Bevölkerung erforderlich. Energieeffizienz muss gesteigert, der Energieverbrauch gesenkt werden. Um dies umzusetzen, wird eine landesweite Energieagentur eingesetzt. Wir streben einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2030 an. Die Beschlüsse der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung müssen durch ein Gesetz verbindlich gemacht werden. Außer in der Energiewirtschaft müssen in allen Sektoren CO₂-Einsparungen gebracht werden.

3. Für ein erfolgreiches Studium muss es an den Hochschulen einen guten Betreuungsschlüssel von Lehrenden und Studierenden sowie eine gute Infrastruktur geben. Hierzu zählen auch ausreichende Plätze in den Mensen und Bibliotheken. Für gute Studienbedingungen muss es außerdem ausreichend Personal mit einer angemessenen Lehrdeputation sowie ausreichend Plätze in den Lehrveranstaltungen geben.

Wie möchten Sie sich für gute Studienbedingungen an den Brandenburger Hochschulen einsetzen und diese entsprechend finanzieren?

Der Hochschuletat ist in der letzten Legislaturperiode deutlich erhöht worden. Wir planen, den Aufwuchs weiter zu verstetigen. Mit dem Geld müssen viele Maßnahmen finanziert werden: Wir

setzen insbesondere auf die gute Betreuung und Beratung der Studierenden durch die Dozierenden. Das geht nur über eine Ausweitung von „Mittelbaustellen“ sowie die Durchsetzung fairer Arbeitsbedingungen für alle Lehrkräfte. Forschung und Lehre müssen sich in einem ausgewogenen Verhältnis befinden. Überdimensionierte Lehrdeputate lehnen wir ab, da sie zu Lasten der Qualität gehen. Die Bibliothekssituation muss den Anforderungen an allen Hochschulstandorten ausgebaut werden. Auch die Mensakapazitäten müssen dringend erweitert werden, insbesondere an der Universität Potsdam.

4. Bitte vervollständigen Sie den Satz: *Brandenburger Studierende sollten uns wählen, weil*

- Hochschule vernetzt denken und nicht die eine gegen die andere Gruppe ausspielen.
- wir gegen Ausbeutungsverhältnisse an den Hochschulen Front machen.
- wir gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse genauso vorgehen wie gegen versteckte Studiengebühren.
- wir für Chancengerechtigkeit und kostenlose Bildungszugänge eintreten und uns für die Reform des Bafög aussprechen.
- wir für die Einheit von Forschung und Lehre eintreten und damit für qualitativ hochwertige Lehrveranstaltungen.
- wir die Hochschulen zu Orten gelebter Demokratie entwickeln wollen, durch Stärkung einer transparenten und gerechten Selbstverwaltung, an der neben den Studierenden sowie den wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter*innen alle gerecht vertreten sind, die an den Hochschulen arbeiten.
- wir jüngeren Wissenschaftlern wirkliche Lebensperspektiven an unseren Hochschulen eröffnen wollen, durch den Abbau unsachgemäßer Befristungen.
- wir wissen, dass eine Lebens- und Familienplanung im Zweijahrestakt mit dem Damoklesschwert des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Nacken unmöglich ist – deshalb werden wir uns für die Abschaffung des unsäglichen Wissenschaftszeitvertragsgesetzes einsetzen.
- wir für die tarifliche Entlohnung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte sind, entsprechend der von ihnen tatsächlich geleisteten Arbeit.